

1 K-01
2 Antragsteller: STV Dinslaken; UB Oberhausen
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Hochverschuldete Kommunen dürfen nicht im Stich ge-**
7 **lassen werden – Kommunaler Entschuldungsfonds jetzt**
8
9 Bund, Land und Kommunen werden aufgefordert
10 schnellst möglich alle Kassenkredite der Kommunen in
11 einen Altschuldenfonds beim Bund zu überführen. Die
12 Schulden in diesem Fonds müssen gemeinschaftlich
13 von Bund, Land und Kommunen innerhalb von 30
14 Jahren getilgt werden. Hierbei muss die Handlungs-
15 und Investitionsfähigkeit verschuldeter Kommunen
16 gesichert werden.
17
18 Gleichzeitig muss durch eine strenge Anwendung des
19 Konnexitätsprinzips – insbesondere im Verhältnis Bund
20 zu Kommunen – und die Übernahme der Kosten für So-
21 zialleistung durch den Bund sichergestellt werden, dass
22 die Kommunen sich nicht erneut verschulden müssen.
23
24 Sollte der Bund sich nicht schnell an einer solchen
25 Lösung beteiligen, muss das Land umgehend eine
26 entsprechende Lösung für NRW auf den Weg bringen.
27 Diese muss spätestens zum Auslaufen des Stärkung-
28 paktes greifen.
29
30 **Begründung**
31 Viele Kommunen gerade in NRW müssen hohe Kassen-
32 kredite aufnehmen. Hauptgrund dafür sind die hohen
33 Soziallasten auf Grund von Bundesgesetzgebungen.
34 Die zurzeit besonders günstige Zinslage muss genutzt
35 werden, um durch einen Altschuldenfonds die betrof-
36 fenen Kommunen aus der Schuldenfalle zu befreien. In
37 NRW hat der Stärkungspakt erheblich zur Verbesserung
38 der Situation der Kommunen beigetragen und so das
39 Wachstum der Kassenkredite stark gebremst. Da der
40 Stärkungspakt ausläuft, muss das Land sich nun massiv
41 an der Entschuldung der Kommunen beteiligen. Den
42 Stärkungspakt hat das Land in finanziell schwierigen
43 Zeiten mit bis zu 645 Millionen Euro gefördert.
44 Angesichts der guten Haushaltslage besteht nun die
45 Möglichkeit, einen noch höheren Beitrag bei der Ent-
46 schuldung der Kommunen zu leisten. Das Land muss
47 für den Fall, dass der Bund sich nicht oder nicht sofort
48 beteiligt, umgehend eine entsprechende Lösung für
49 NRW auf den Weg bringen. Dies könnte über die NRW
50 Bank organisiert werden.
51
52 Der Fonds sollte aber beim Bund angesiedelt werden, da
53 dieser die besten Zinskonditionen erhält und so die ge-
54 ringste finanzielle Belastung aller Beteiligten sicherge-
55 stellt würde.
56
57 Auch der Bund steht, wie im Koalitionsvertrag angelegt,
58 in der Pflicht, sich an der Finanzierung des Fonds zu be-
59 teiligen. Durch die Verlagerung der Kosten für von ihm

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeilen 9-14 ersetzen durch:
Bund, Land und Kommunen werden aufgefordert schnellst möglich die Problematik hoher Kassenkredite der Kommunen durch einen Altschuldenfonds zu lösen. Die Schulden in diesem Fonds müssen gemeinschaftlich von Bund, Land und Kommunen getilgt werden.

60 beschlossenen Maßnahmen auf die Kommunen, insbe-
61 sondere in der Sozialgesetzgebung, trägt er eine erheb-
62 liche Verantwortung für die hohen Kassenkredite der
63 Kommunen.

64

65 Auch die Kommunen müssen sich an der Finanzierung
66 des Fonds angemessen beteiligen, wobei sichergestellt
67 werden muss, dass ihre Handlungs- und Investitionsfä-
68 higkeit verbessert wird. Dies sollte durch die Festlegung
69 eines Höchstbetrages pro Einwohner für die Einzahlung
70 in den Fonds geschehen.

71

72 Um eine dauerhafte Entschuldung der Kommunen zu
73 erreichen, bedarf es nicht nur einer Lösung der Altschul-
74 denproblematik. Es muss auch sichergestellt werden,
75 dass die Kommunen nicht gezwungen sind, neue Kas-
76 senkredite aufzunehmen. Entscheidend dafür ist, dass
77 der Bund die Rechnungen für seine Leistungen bezahlt.
78 Es muss die von ihm beschlossenen Kosten gerade für die
79 Sozialgesetzgebung vollständig übernehmen. Als ers-
80 ten Schritt sollte der Bund einen erheblich höheren An-
81 teil der Kosten der Unterkunft übernehmen.